

Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer,  
Vorsitzende des SoVD Landesverbandes Berlin Brandenburg

Festveranstaltung des SoVD Landesverbandes Schleswig Holstein  
100 Jahre Frauenarbeit im SoVD

4. Mai 2019

### **Frauenpolitik aus europäischer Perspektive**

Einen dringenden Appell zur Teilnahme an den Europa Wahlen am 26.5. richtete Ursula Engelen-Kefer an die „SoVDlerinnen“ in Schleswig-Holstein. Der SoVD als parteiunabhängiger Verband gebe zwar keine Wahlempfehlung für politische Parteien. Jedoch müsse für die Wahlentscheidung maßgebend sein, Demokratie und Sozialstaat zu stärken. Beide seien eng miteinander verflochten. Unabdingbare Voraussetzung ist die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen. „Trotz inzwischen 70 Jahre Gleichberechtigungsgebot in unserem Grundgesetz sind Frauen immer noch erheblichen Diskriminierungen ausgesetzt. Dies ist eine ständige Herausforderung für den SoVD, der wir uns auch in Zukunft stellen werden. Jetzt kommt es darauf an, bei den Europawahlen ein deutliches Zeichen für die Frauenpolitik zu setzen.“

Die EU hat von Anbeginn der „Römischen Verträge“ 1957 für die Gleichberechtigung der Frauen wichtige Weichenstellungen in den Mitgliedsländern vorgenommen. Dies ist erheblich verstärkt worden, als im Zuge der Erweiterung die skandinavischen Länder mit ihrer fortschrittlichen Gleichberechtigungstradition hinzugekommen sind.

## **EU Anti-Diskriminierungsrichtlinien führen zu Antidiskriminierungsgesetz- Verbandsklagerecht überfällig**

Ein bedeutsames Beispiel aus jüngerer Vergangenheit ist die langjährige schwierige Durchsetzung des **Antidiskriminierungsgesetzes 2006**, das ohne die Antidiskriminierungsrichtlinien der EU kaum möglich gewesen wäre. Daran haben auch die Frauen im SoVD einen maßgeblichen Anteil. Allerdings ist es nicht gelungen, ein ausreichendes **Verbandsklagerecht** durchzusetzen. Dies sei aber dringend erforderlich, um gegen die nach wie vor gravierenden Diskriminierungen der Frauen in Arbeit und Beruf wirksam vorgehen zu können. Nur wenn Frauen nicht selbst die Auseinandersetzung mit ihrem Arbeitgeber führen müssen, wird es überhaupt erst möglich sein, ihre Rechte zu erstreiten. „Deshalb, liebe Frauen, lasst uns weiterhin dafür kämpfen, dass wir endlich ein Verbandsklagerecht durchsetzen“ so Engelen-Kefer

### **Lohnlücke**

Die anhaltende Lohnlücke von bis zu einem Viertel ist ein besonders deutliches „**Negativsymbol**“ für die anhaltende Diskriminierung der Frauen. „Wir im SoVD dürfen keine Ruhe geben, bis der Equal Pay Day nicht mehr im März liegt, sondern bereits am 1. Januar. Erst dann haben wir als Frauen mit unseren Löhnen gleichgezogen“.

Besonders entlarvend seien die ständigen Versuche aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft, die Lohnlücke klein zu rechnen. Wenn Frauen auch Männerberufe und größere Betriebe wählen, Vollzeit arbeiten und nach der Kinderpause wieder früher in das Erwerbsleben zurückkehren schmilzt die Lohnlücke auf wenige Prozente. „Damit werden die Frauen selbst zu den Schuldigen für ihre

Lohnlücke gemacht. Dabei kann es weder Frauen noch Männern gelingen, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen.“

### **Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Entscheidend sind vielmehr die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Betrieben und Verwaltungen, Betreuung der Kinder, Einstufung und Entlohnung der sog. Frauenberufe, Einstellung von Frauen in größeren Betrieben mit Betriebsräten und Tarifverträgen. „Für mich ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Montage von Autoteilen so viel mehr wert ist als die Pflege eines Menschen.“

Zwar seien bereits erhebliche Erfolge bei der Bildung von Mädchen und Frauen wie auch bei der Kinderbetreuung erreicht. Es bleiben jedoch noch erhebliche Herausforderungen vor allem bei der Verbesserung des Entgelttransparenzgesetzes sowie dem Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit. „Hier müssen die diskriminierenden Einschränkungen bei den Mindestzahlen der Beschäftigten weg. Ein Blick über die nationalen Grenzen in andere EU Länder tut hierbei besonders not.“

### **Lücke bei Altersrenten**

Ein besonders enger Zusammenhang besteht zwischen Lohnlücke und Lücke bei den Altersrenten. Hier ist die Diskriminierung gegenüber Frauen noch erheblich größer. Nach amtlichen Angaben, betragen die Altersrenten der Frauen nur etwa die Hälfte derjenigen der Männer. **Altersarmut** ist somit vorwiegend weiblich und wird dies in Zukunft immer mehr. Hierzu tragen auch die hohen und steigenden Belastungen der Miet- und Wohnkosten entscheidend bei. „Ihr habt daher als SoVD in Schleswig-Holstein mit Eurer Kampagne für bezahlbares Wohnen in ein Wespennest gestochen,

wie Ihr dies ja auch aus dem überwältigenden Zuspruch und Zuwachs Eurer Mitglieder erseht.“

Dabei haben wir auch in der Politik beachtliche Erfolge für die Frauen erkämpfen können. Die Mütterrenten für die vor 1992 geborenen Kinder sind mehr als überfällig. Jetzt müssen wir dafür kämpfen, dass die nach wie vor bestehenden Diskriminierungen bei den Rentenpunkten beseitigt werden, keine Anrechnung auf die Grundsicherung erfolgt und dies vor allem aus allgemeinen Steuern finanziert wird. Die vom Bundesarbeitsminister Hubertus Heil jetzt vorgelegten Vorstellungen für die Grundrente gehen weitgehend in unsere Richtung. Mit der Aufwertung der Rentenleistungen für langjährige Geringverdiener, vor allem Frauen, sowie Freibeträgen bei der Anrechnung auf die Grundsicherung können wir erreichen, dass die Grundrente spürbar über der Grundsicherung liegt und Millionen Frauen aus der Altersarmut entkommen können. Deshalb streiten auch wir dafür, dass die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung gezahlt wird, wie es in dem Konzept des Bundesarbeitsministers vorgesehen ist. Wir appellieren dringend an die CDU/CSU von ihren Forderungen nach Ausrichtung an der Bedürftigkeit Abstand zu nehmen. „Die Gefahr der Mitnahme von sog. Zahnarztgattinnen ist ein Bruchteil von der Chance für langjährige Niedriglöhner/innen ihr Alter nicht in Armut verbringen zu müssen. Dies ist gelebte Alterssicherung mit Respekt vor der Lebensleistung und wirksame Bekämpfung der Altersarmut.

**Für uns als SoVD gilt: Die gesetzliche Rente ist kein Almosen des Staates, sondern ein durch Arbeit selbst erworbener Anspruch, der zudem in Grundgesetz geschützt ist.**

Die beste Vorsorge vor Armut bei Arbeit und im Alter ist die Erhöhung der **Mindestlöhne** auf ein armutsfestes Niveau von derzeit 12,63 Euro.

Genauso dringlich ist die Beseitigung der Armutsfalle von inzwischen skandalösen weit über 7 Millionen **Minijobs**, davon zwei Drittel für Frauen. „Wir als Frauen im SoVD kämpfen weiter dafür, dass die Minijobs in reguläre Arbeit mit Sozialversicherungspflicht überführt werden.“ Auch hierbei tut ein Blick über die nationalen Grenzen in Europa gut.

### **Gerechte Verteilung der Sorgearbeit**

Eine wirkliche Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen wird es jedoch erst dann geben, wenn auch die Verantwortung in Familie und Partnerschaft vor allem bei Betreuung und Erziehung von Kindern wie bei der Pflege von Angehörigen gleichmäßig zwischen Männern und Frauen verteilt wird. Davon sind wir jedoch noch meilenweit entfernt.

Gerade wurde uns im Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung bestätigt, dass Frauen um die Hälfte mehr an unbezahlter sog. „Sorgearbeit“ leisten als Männer. Es bleiben ihnen mithin um die Hälfte weniger Chancen für die Erwerbsarbeit mit den Nachteilen bei der Entlohnung, den Arbeitsbedingungen, den beruflichen Perspektiven, der gesellschaftlichen Anerkennung sowie der Sicherung im Alter. Deshalb brauchen wir weiterhin eine aktive Frauenförderung. Wir als Frauen im SoVD werden uns weiter dafür einsetzen.